Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/1141
13. 09. 91

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. September 1991
am Donnerstag, dem 19. September 1991

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Antretter, Robert (SPD)	55, 56
Bindig, Rudolf (SPD)	33
Bulmahn, Edelgard (SPD)	39, 40
Conradi, Peter (SPD)	67, 68
Ebert, Eike (SPD)	18
Erler, Gernot (SPD)	16, 17
Eylmann, Horst (CDU/CSU)	31, 32
Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret (FDP)	5, 6
Graf, Günter (SPD)	58, 59
Harries, Klaus (CDU/CSU)	15, 61
Kastner, Susanne (SPD)	65, 66
Kirschner, Klaus (SPD)	41
Koppelin, Jürgen (FDP)	12, 13
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	8, 57
Kuhlwein, Eckart (SPD)	7, 60
Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU	42, 43
Lowack, Ortwin (fraktionslos)	14
Marschewski, Erwin (CDU/CSU)	22, 23
Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	53, 54
Dr.Meyer zu Bentrup, Reinhard (CDU/CSU)	28, 29
Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	9, 52
Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	64
Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	24, 25
Dr. Paziorek, Peter (CDU/CSU)	62, 63
Peter, Horst (Kassel) (SPD)	69, 70
Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	35, 36
Schily, Otto (SPD)	30, 47
Dr. Schmieder, Jürgen (FDP)	26, 27
Schütz, Dietmar (SPD)	3, 4
Schwanhold, Ernst (SPD)	1, 2
Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	45, 46
Steen, Antje-Marie (SPD)	37, 38
Stiegler, Ludwig (SPD)	19, 34
Dr. von Teichman, Cornelia (FDP)	48, 49
Wallow, Hans (SPD)	10, 44
Weiermann, Wolfgang (SPD)	50, 51
Dr. de With, Hans (SPD)	20, 21
Wohlleben, Verena (SPD)	11

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

1. Abgeordneter **Ernst Schwanhold** (SPD)

Welche Maßnahmen leitet der Bundesminister für Wirtschaft ein, um den durch die Treuhandanstalt beabsichtigten Schließung des ehemaligen Robotron-Werkes Sömmerda ca. 5000 arbeitslos werdenden Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen einen Ausgleich zu schaffen und die Region nicht wirtschaftlich veröden zu lassen?

2. Abgeordneter **Ernst Schwanhold** (SPD)

Beabsichtigt der Bundesminister für Wirtschaft ein Gesetz zu erarbeiten, die regionale Strukturpolitik als eine Aufgabe der Treuhandanstalt festzusetzen, damit nicht weiterhin strukturbestimmte Betriebe ohne Ausgleichsmaßnahmen in den neuen Bundesländern geschlossen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter **Dietmar Schütz** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Verwendung von bis zu 100 km langen Treibnetzen u. a. beim Thunfischfang, wenn dabei Millionen geschützter Delphine, Meeresschildkröten, Robben, Haie und Seevögel getötet werden, und welche Schritte hat sie unternommen, um in der Europäischen Gemeinschaft und weltweit ein Verbot der Treibnetzfischerei zu erreichen?

4. Abgeordneter **Dietmar Schütz** (SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu Embargo- oder Boykottaktionen z. B. der USA gegen Länder, die mit Treibnetzen trotz Ächtung durch die UNO Thunfischfang betreiben, und wird sie ggf. diese Aktionen durch eigene Initiativen unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

5. Abgeordnete **Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink** (FDP)

Sind in den neuen Bundesländern ausbildungsplatzsuchende Mädchen überdurchschnittlich oft auf über- und außerbetriebliche Ausbildungsstätten verwiesen worden?

6. Abgeordnete **Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink** (FDP)

Inwieweit sieht die Bundesregierung das Angebot an über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten im Einklang mit der zukünftigen Berufsstruktur in den neuen Bundesländern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

7. Abgeordneter **Eckart Kuhlwein** (SPD)

Welche Aufgaben soll der von der Deutschen Bundespost TELEKOM auf dem Albsfelder Berg im Kreis Herzogtum Lauenburg geplante Fernmeldeturm im einzelnen übernehmen und trifft es zu, daß alle diese Aufgaben auch ohne diesen Turm wahrgenommen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

8. Abgeordneter **Dr. Klaus Kübler** (SPD)

Sieht die Bundesregierung zwischen den verstärkten Vulkanausbrüchen auf der Welt Zusammenhänge und liegen ihr Informationen über die Ursachen vor?

9. Abgeordneter **Albrecht Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Mit wieviel D-Mark hat die Bundesregierung bisher die Entwicklung von sogenannten Öko-Autos gefördert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

10. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Wie wird die Bundesregierung bei den bevorstehenden Regierungsverhandlungen mit der Volksrepublik China ihre Ankündigung, hohe Rüstungsausgaben und Verletzung der Menschenrechte als Kriterien für die Streichung von Entwicklungshilfe anzulegen, in die politische Praxis umsetzen?

11. Abgeordnete **Verena Wohlleben** (SPD)

Wann sind die von der Bundesregierung am 28. Mai 1991 angekündigten Überprüfungen der in der „Starnberger Studie" enthaltenen Vorschläge, die die OK-TEDI-Mine in Papua Neu-Guinea betreffen, abgeschlossen, und wann wird die Bundesregierung zu dieser Studie Stellung nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

12. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Welche Gründe haben bisher die Unterzeichnung eines Vollstreckungshilfevertrages mit dem Königreich Thailand verhindert, und wann kann mit der Unterzeichnung eines Vollstreckungshilfevertrages gerechnet werden?

13. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Hält die Bundesregierung die Betreuung der deutschen Inhaftierten in thailändischen Gefängnissen für ausreichend?

14. Abgeordneter **Ortwin Lowack** (fraktionslos)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, ihre bisherige Politik gegenüber Zaire zu überdenken?

15. Abgeordneter **Klaus Harries** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung nach den Erfahrungen im Irak die Kontrollmöglichkeiten der internationalen Atombehörde (IAEO) für wirksam und ausreichend?

16. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Auf welche Maßnahmen bereitet sich die Bundesregierung vor, um der Bevölkerung der sowjetischen Republiken bei einer drohenden Hungersnot im bevorstehenden Winter zu helfen?

17. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche politischen Bedingungen stellt die Bundesregierung für die Gewährung von finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe an die Sowjetrepubliken?

18. Abgeordneter **Eike Ebert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit einigen Monaten – so z. B. am 7. September 1991 in Karlsbad, weiterer Termin am 13. Oktober 1991 – verstärkt bisher in staatlicher Treuhandschaft gehaltener und aus der Enteignung Sudetendeutscher stammender Immobilienbesitz in Versteigerungen privatisiert wird und was hat die

Bundesregierung unternommen bzw. was beabsichtigt sie zu unternehmen, um dieses Verhalten der tschechoslowakischen Behörden zu verhindern, das offenbar die Entschädigungsfrage vor Abschluß der laufenden Verhandlungen einseitig regeln soll?

19. Abgeordneter **Ludwig Stiegler** (SPD)

Welche Revisionsvorschläge für das NATO-Truppenstatut und das Zusatzabkommen hat die Bundesregierung den verbündeten Streitkräften vorgeschlagen und bis wann soll ein Ergebnis der Verhandlungen erzielt werden?

20. Abgeordneter **Dr. Hans de With** (SPD)

Was hat der Bundesminister des Auswärtigen bei seinem jüngsten Besuch in Moskau getan, um die Überstellung des mit Haftbefehl gesuchten Erich Honecker in die Bundesrepublik Deutschland zu erreichen?

21. Abgeordneter **Dr. Hans de With** (SPD)

Hat der Bundesminister des Auswärtigen der UdSSR dabei mit Nachdruck verdeutlicht, daß die Flucht Honeckers aus der Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe des Militärs der UdSSR rechtswidrig war und Artikel 7 des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 widerspricht, in welcher Vorschrift auch die UdSSR dem vereinten Deutschland die volle Souveränität zuerkannt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

22. Abgeordneter **Erwin Marschewski** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den im Ausland lebenden Deutschen eine Beteiligung an Wahlen zu erleichtern, was trotz beschlossener Änderungen betreffender Wahlgesetze immer noch Probleme z. B. im Fristenbereich mit sich bringt?

23. Abgeordneter **Erwin Marschewski** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung z. B. in diesem Zusammenhang für tatsächlich und rechtlich möglich – wie in anderen Staaten nicht unüblich – z. B. in Botschaften Wahlurnen aufzustellen?

24. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Hat die Meldepflicht in Beherbergungsstätten („Hotelmeldepflicht") die Fahndungserfolge gebracht, die sich der Deutsche Bundestag von ihrer Statuierung versprochen hatte (vgl. Drucksache 8/1845)?

25. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Hält die Bundesregierung die Hotelmeldepflicht noch für notwendig?

26. Abgeordneter **Dr. Jürgen Schmieder** (FDP)

Gibt es Richtlinien der Bundesregierung für die Vergabe von Projektförderungsmitteln der politischen Bildung, die auch die Höhe der in diesen Projekten zu zahlenden Honorare für freie Mitarbeiter (Referenten und Dozenten) regelt, und was sehen diese Richtlinien vor?

27. Abgeordneter **Dr. Jürgen Schmieder** (FDP)

Ist es denkbar und wenn ja mit welcher Begründung, daß der Bund Projekte fördert oder gefördert hat, in denen 250 DM für die Doppelstunde (90 Minuten) gezahlt werden, zuzüglich Erstattung von Reisekosten und anderen Spesen, und ist der Bundesregierung bekannt, daß dies der doppelte Satz dessen wäre, der ansonsten in der staatlich geförderten politischen Bildung üblich ist, nämlich 100 DM bis 150 DM (durchschnittlich 125 DM) für die Doppelstunde?

28. Abgeordneter **Dr. Reinhard Meyer zu Bentrop** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung die Regelung im Einigungsvertrag, nach der älteren Menschen in den neuen Bundesländern ihre vor dem 8. Mai 1945 erworbenen beamtenrechtlichen Ansprüche auf Versorgung (Pensionen) gänzlich genommen wurden?

29. Abgeordneter **Dr. Reinhard Meyer zu Bentrop** (CDU/CSU)

Gibt es Überlegungen zu einer beamtenrechtlichen Neuordnung für diesen betroffenen Personenkreis?

30. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Direktorin der Deutschen Akademie Villa Massimo in Rom, Frau Elisabeth Wolkens, aufgrund der jetzt durch einen Bericht in der Wochenzeitung „DIE ZEIT" vom 6. September 1991 (Nummer 37 S. 65) bekannt gewordenen Vorfälle abzulösen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

31. Abgeordneter **Horst Eylmann** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angemessen, den Sitz eines oberen Bundesgerichts in eines der neuen Bundesländer zu verlegen?

32. Abgeordneter **Horst Eylmann** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu Überlegungen, den Sitz des Bundesgerichtshofs nach Leipzig, dem früheren Sitz des Reichsgerichts, zu verlegen?

33. Abgeordneter **Rudolf Bindig** (SPD)

Hat die Bundesregierung ihre Erklärung, wonach sie die Kompetenz des Menschenrechtsausschusses für Beschwerdeverfahren nach Artikel 41 (Staatenbeschwerde) des Paktes über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) anerkennt im Frühjahr 1991 diesmal ohne zeitliche Befristung erneuert und wenn nein, warum gibt die Bundesregierung diese Erklärung befristet, also mit einem „automatischen Ende" ab, obwohl der Artikel 41 des IPBPR doch in Absatz 2 vorsieht, daß eine Anerkennungserklärung jederzeit durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden kann?

34. Abgeordneter **Ludwig Stiegler** (SPD)

Wie viele Staatsanwälte und Wirtschaftsreferenten haben die Bundesländer zugesagt, zur Arbeitsgruppe Regierungskriminalität zu entsenden und was ist bisher aus den Zusagen von Bund und Ländern geworden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

35. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß allein für den Umzug nach Berlin eine Mehrwertsteuererhöhung um einen Punkt notwendig ist?

36. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß wegen der Unterstützung der Sowjetunion sicher eine Mehrwertsteuererhöhung von 17 auf 18 Prozent kommen wird?

37. Abgeordnete **Antje-Marie Steen** (SPD)

Welche Auswirkungen hat der Aufgabenwandel beim Zoll auf die jetzt bestehenden Außengrenzstellen bzw. Dienststätten?

38. Abgeordnete **Antje-Marie Steen** (SPD)

Welche Vorkehrungen hat der Bundesminister der Finanzen getroffen, daß Beamtinnen und Beamten bei ihrer Versetzung rechtzeitig die neue Dienstposition mitgeteilt wird?

39. Abgeordnete **Edelgard Bulmahn** (SPD)

Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, mit dem Kabinettsbeschluß vom 2. September 1991 das Strukturhilfegesetz einseitig aufzukündigen, statt die Gespräche mit den Bundesländern über eine Revision des Strukturhilfegesetzes verabredungsgemäß fortzuführen, und wie wertet die Bundesregierung den Vorschlag der SPD-geführten Länder für eine Übergangslösung?

40. Abgeordnete **Edelgard Bulmahn** (SPD)

Welche aus Mitteln des Strukturhilfegesetzes geförderten Vorhaben sind (einschließlich der bereits in Angriff genommenen und in 1991 noch nicht abgeschlossenen) Vorhaben in der Landeshauptstadt Hannover von der Bundesregierung für die Jahre ab 1992 genehmigt worden und wie hoch ist das jeweilige Gesamtinvestitionsvolumen dieser Vorhaben?

41. Abgeordneter **Klaus Kirschner** (SPD)

In welchem Umfang sind bisher nach den Erkenntnissen der Bundesregierung jeweils Zinsen für Steuererstattung bzw. Steuernachzahlung von den Finanzämtern seit Inkrafttreten des § 233 a Abgabenordnung festgesetzt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

42. Abgeordneter **Karl-Josef Laumann** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung für eine zivile Anschlußverwendung des Flugplatzes Rheine-Hopsten nach Verlegung des Jagdgeschwaders 72 nach Laage/Rostock?

43. Abgeordneter **Karl-Josef Laumann** (CDU/CSU)

Wann ist die Verlegung des Jagdgeschwaders 72 von Rheine-Hopsten nach Laage bei Rostock abgeschlossen, bzw. von welchem Zeitpunkt an ist eine zivile Nutzung des Flugplatzes Rheine-Hopsten möglich?

44. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit des Einsatzes von Beratergruppen der Bundeswehr in elf afrikanischen Entwicklungsländern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend

45. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (PDS/Linke Liste)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die vom Bundesministerium der Finanzen ab 1. Januar 1993 geplante generelle Streichung aller Aufwandszuschüsse für den Einsatz von Zivildienst-

leistenden (gegenwärtig kalendertäglich 11 DM) zusätzliche Kosten für viele freie Träger wichtiger sozialer Hilfsdienste [z. B. Mobiler Sozialer Hilfsdienst (MSHD) und der Individuellen Schwerstbehindertenbetreuung (ISB)] verursachen würden, die beispielsweise in Berlin entweder zu einer Reduzierung der Leistungen oder zu einer Weitergabe der Kosten an die Nutzer dieser Dienste, die ohnehin benachteiligten Menschen im Alter und mit Behinderungen, führen müßten?

46. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (PDS/Linke Liste)

Wenn ja, welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung vor, diese reale Verschlechterung der auf Pflege-Assistenz angewiesenen Menschen zu kompensieren und womöglich die Angebote für Hilfen zur Selbsthilfe zusätzlich zu verbessern?

47. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Mit welchen konkreten Maßnahmen befolgt die Bundesregierung die Forderungen des sogenannten Weltgipfels für Kinder, der am 30. September 1990 in New York stattfand und an dem auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker teilgenommen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

48. Abgeordnete **Dr. Cornelia von Teichman** (FDP)

Wie erklärt es sich die Bundesregierung, daß sowohl Ärzte im Praktikum als auch vollapprobierte Ärzte nicht die Möglichkeit haben, in diesem Rahmen ihren Wehrdienst zu leisten, diese Möglichkeit für Zivildienstleistende jedoch gegeben wird?

49. Abgeordnete **Dr. Cornelia von Teichman** (FDP)

Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um diese Ungleichbehandlung zwischen Wehr- und Zivildienstleistenden baldmöglichst abzubauen, damit ebenso wie bei der Zivildientszeit auch eine volle Anrechnung der Wehrdienstzeit auf die ärztliche Weiterbildung zugelassen wird?

50. Abgeordneter **Wolfgang Weiermann** (SPD)

Wann – erbeten wird die Angabe des Monats und des Jahres – soll die im Bundesministerium für Gesundheit geplante „Verordnung über Schwimm- und Badebeckenwasser" erlassen werden und in ihren wesentlichen Teilen in Kraft treten?

51. Abgeordneter **Wolfgang Weiermann** (SPD)

Welche Übergangsfristen für die Nachrüstung von Wasseraufbereitungsanlagen sollen vorgesehen werden?

52. Abgeordneter **Albrecht Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Hat die Bundesregierung vor der Entscheidung der Koalitionsrunde vom 11. September 1991, die Eigenbeteiligung bei Medikamenten auf bis zu 10 DM zu erhöhen, Untersuchungen darüber angestellt, die Aufschluß darüber geben könnten, wie hoch unter diesen Umständen der Anteil von Menschen mit geringem Einkommen ist, die daran gehindert werden, die optimale Versorgung mit den besten Medikamenten in Anspruch zu nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

53. Abgeordneter **Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, nach Inkrafttreten der Verkehrslärmschutzverordnung vom 12. Juni 1990 (BGBl. I. S. 1036) auch Art und Umfang der zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche notwendigen Schallschutzmaßnahmen an sachlichen Anlagen durch Verordnung gemäß § 43 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG zu regeln, falls ja, wann wird der Verordnungsentwurf voraussichtlich dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet?

54. Abgeordneter **Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)** (CDU/CSU)

Sollen die vorgesehenen Schallschutzmaßnahmen an baulichen Anlagen auch die zum Wohnen im Freien geeigneten und bestimmten Flächen eines Wohnungsgrundstückes (sog. Außenwohnbereich) umfassen, falls ja, welcher Art sollen diese Schutzmaßnahmen sein?

55. Abgeordneter **Robert Antretter** (SPD)

Sind Informationen zutreffend, wie sie der Tagespresse zufolge der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, Heinz Dürr, der baden-württembergischen Landesregierung vermittelt hat, und denen zufolge ein von der Bahn im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr erstelltes Gutachten die geplante Neubaustrecke der Bundesbahn zwischen Stuttgart und München als unwirtschaftlich ausweist, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus den Erkenntnissen aus diesem Gutachten hinsichtlich der Realisierung dieser im Bedarfsplan ausgewiesenen Neubaustrecke, deren sich seit vielen Jahren erstreckenden Untersuchungs- und Planungsarbeiten offenkundig ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit betrieben wurden?

56. Abgeordneter **Robert Antretter** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß gerade auch im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes der Gleisausbau zwischen Stuttgart und München unverzichtbar ist?

57. Abgeordneter **Dr. Klaus Kübler** (SPD)

Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung in der Frage des Tempolimits auf Autobahnen, nachdem sich Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorischerheit, Dr. Klaus Töpfer, nach Pressemitteilungen für ein Tempolimit und Bundesminister für Verkehr, Dr. Günther Krause, erneut für die bisherige Regelung ausgesprochen haben?

58. Abgeordneter **Günter Graf** (SPD)

Wie hoch belaufen sich – vor dem Hintergrund der Stillegung der Bahnstrecke Cloppenburg — Friesoythe – die finanziellen Aufwendungen (Unterhaltungsmaßnahmen an der Strecke), gestaffelt für die Jahre 1985 bis 1990?

59. Abgeordneter **Günter Graf** (SPD)

Auf welche Höhe beläuft sich (in D-Mark) das Frachtgutaufkommen der die Gleisstrecke Cloppenburg — Friesoythe in Anspruch nehmenden Firmen, gestaffelt für die Jahre 1985 bis 1990?

60. Abgeordneter **Eckart Kuhlwein** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, gegen die erheblichen Belästigungen durch Motor-Rennboote auf der Elbe bei Lauenburg vorzugehen, und welche Schritte wird sie gegebenenfalls dagegen einleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

61. Abgeordneter **Klaus Harries** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, ggf. wann, den Katalysator auch für Diesel betriebene Lkw und Pkw einzuführen?

62. Abgeordneter **Dr. Peter Paziorek** (CDU/CSU)

Liegen dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Kenntnisse darüber vor, daß aufgrund der Anforderungen der Verordnung über Abfallverbrennungsanlagen der Einsatz von nicht handelsüblichen Brennstoffen in Zementwerken zurückgegangen ist?

63. Abgeordneter
Dr. Peter Paziorek
(CDU/CSU)

Welche Bestimmungen der Verordnung über Abfallverbrennungsanlagen finden beim Einsatz von z. B. Altöl in Zementwerken Anwendung?

64. Abgeordnete
Jutta Müller (Völklingen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, den Deutschen Bundestag und Bundesbehörden mit den langfristig kostengünstigen und energiesparenden Öko-Lampen auszustatten und wie würde die Bundesregierung die Signalwirkung einer solchen Aktion in der Öffentlichkeit beurteilen?

65. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)

Warum wurden vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, bei der Vorlage des Berichts „Sofortprogramm Trinkwasser 1990" keine konkreten Angaben über die hohe Zahl bekannter Beanstandungen der Trinkwasserqualität in den neuen Ländern z. B. wegen Nitrat, Aluminium und in bezug auf den PH-Wert gemacht, obwohl Greenpeace und dem Deutschen Bundestag gegenüber behauptet wurde, alle Trinkwasserdaten seien veröffentlicht worden, und mit welchen organisatorischen und finanziellen Maßnahmen wurden inzwischen die Versorgung von Säuglingen mit einwandfreiem Wasser in den Fällen sichergestellt, in denen den Hygieneinstituten Nitratbelastungen über 50 oder 90 oder 120 mg/l in zentralen Wasserversorgungsanlagen und Eigenversorgungsanlagen bekannt sind?

66. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)

Reichen die im Haushalt 1991 und 1992 des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vorgesehenen Mittel aus, um bis Ende 1991 eine flächendeckende Untersuchung aller Trinkwasserversorgungsanlagen und -netze in den neuen Bundesländern und erforderliche Notversorgungsmaßnahmen durchzuführen, und welche Mittel wären notwendig, um in nächster Zeit die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an den korrodierten Leitungsnetzen und den Trinkwasseraufbereitungs- und -versorgungsanlagen in den Gebieten durchzuführen, in denen die gültigen Werte der Trinkwasserverordnung bzw. die vom Bundesgesundheitsamt empfohlenen Ausnahmewerte (z. B. 90 mg/l Nitrat) nicht eingehalten werden können?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

67. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Trifft es zu, daß der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Dr. Wieck, dem Bundeskanzleramt am 9. März 1990 einen Text für die Beantwortung meiner Frage 1 (Drucksache 11/6737) vorgeschlagen hat, der nicht identisch ist mit der Antwort des Bundeskanzleramts vom 13. März 1990 an mich, und wenn ja, warum hat das Bundeskanzleramt den Text geändert?

68. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Trifft es zu, daß der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes in seinem Brief vom 9. März 1990 an das Bundeskanzleramt auf seinen Vortrag bei Staatsminister Dr. Stavenhagen am 28. Februar 1990 und auf ein Schreiben vom 5. März 1990 verwiesen hat, und was waren der Inhalt des Vortrages und des Schreibens?

69. Abgeordneter **Horst Peter (Kassel)** (SPD)

Wann ist die vom ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Dr. Wieck, erwähnte „Gesamtdarstellung der BND-Behandlung der Schalck-Golodkowski-Angelegenheit, einschließlich der Frage der Personaldokumente" gegenüber den „beteiligten Stellen" erfolgt, und welche Stellen waren beteiligt?

70. Abgeordneter **Horst Peter (Kassel)** (SPD)

Warum hat das Bundeskanzleramt, das nach Darstellung des Staatsministers Dr. Stavenhagen nach seiner Antwort an den Abgeordneten Conradi vom Bundesnachrichtendienst „in einem anderen Sinn unterrichtet worden" sein will, nicht schon nach dieser Unterrichtung den Deutschen Bundestag über die unzutreffende Antwort auf seine Frage informiert, und welche personellen Konsequenzen beim Bundesnachrichtendienst hat das Bundeskanzleramt wegen dieser „Unterrichtung in einem anderen Sinne" gezogen?

Bonn, den 13. September 1991

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg), Telefon (02242)6044, Telefax (02242) 83179
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstaße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551, Telefax (0228) 36 12 75
ISSN 0722-8333